

## Pressemitteilung

Arbeitsgemeinschaft der  
Ausländerbeiräte Hessen-  
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31  
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 5-0  
Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de  
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 03. Februar 2014

Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte

### **"Mehr Rechte für die Ausländerbeiräte"**

#### **Umfangreiche Änderungen der HGO vorgeschlagen/Beiräte wollen veränderte Struktur und neuen Namen**

Die gewählten Ausländerbeiräte in Hessen wollen künftig mehr Mitwirkungsmöglichkeiten in ihren Kommunen. "20 Jahre nach der gesetzlichen Verankerung in der Gemeindeordnung ist es an der Zeit, die Beiräte zu modernisieren und ihnen bessere Arbeitsbedingungen zu geben", sagte heute Enis Gülegen, Vorsitzender des Landesausländerbeirates in Wiesbaden.

Zentrale Eckpfeiler des Positionspapiers, das nun die im Landesausländerbeirat zusammengeschlossenen Beiräte beschlossen haben, sind Antrags- und Rede-rechte sowie verbesserte Teilnahmerechte in den kommunalen Gremien. Gülegen: "Damit wollen wir sicherstellen, dass Migrantinnen und Migranten auch in der Praxis Gehör finden und nicht mehr - wie teilweise üblich - mit fadenscheinigen Argumenten ausgeschlossen werden."

Die Aufgabenerweiterung u.a. um die Förderung der Integration und des Einsatzes gegen Diskriminierung stelle nicht nur eine sprachliche Anpassung dar. "Vor allem muss gewährleistet werden, dass die Beiräte künftig besser in das Integrationsmanagement der Kommune eingebunden werden." Dazu diene auch eine Veränderung der Zusammensetzung der Beiräte. So sollen künftig auch Gemeindevertreter mitarbeiten können.

Besonders wichtig ist den Beiräten die Änderung des Wahlrechts. Nach ihren Vorstellungen sollen auch Spätaussiedler und Optionseingebürgerte für die Beiräte kandidieren dürfen. "Wir müssen den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen", betonte Gülegen.

Dazu gehöre auch, dass Eingebürgerte das aktive Wahlrecht erhalten: "Es kann nicht sein, dass Eingebürgerte für die Beiräte kandidieren, aber ihn - und damit sich selbst- nicht wählen dürfen. Bei über 40 Prozent aktiven Eingebürgerten in den hessischen Ausländerbeiräten ist diese Anpassung ein absolute Muss!"

Nicht zuletzt wollen die Ausländerbeiräte eine Umbenennung ihrer Gremien in "Migrantenparlament". Gülegen: "Der Name 'Ausländerbeirat' ist einfach sprachlich und inhaltlich nicht mehr zeitgemäß."

Der Landesausländerbeirat werde bei den jetzt anstehenden Gesprächen mit der Hessischen Landesregierung und den Fraktionen im Landtag für die Änderungen werben. Gülegen zeigte sich zuversichtlich, dass er offene Ohren finden werde: "Die Ausländerbeiräte in Hessen haben in ihrer Geschichte bewiesen, dass sie ein lebendiger Bestandteil unserer Demokratie sind. Sie sind ein Garant für politische Teilhabe von Migranten und den Dialog auf Augenhöhe. Jetzt gilt es, aus den Erfahrungen der letzten 20 Jahre Schlüsse zu ziehen und die Gremien den gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen. Vor allem gilt es aber, ihre Wirkungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen zu verbessern."

-----  
Hinweis für die Redaktionen:

Den Wortlaut des Positionspapiers zur Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte finden Sie im Internet unter [www.agah-hessen.de](http://www.agah-hessen.de).